I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Arthur Brunhart
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2009

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2009 informiert.

Landtagswahlen 2009

Die Landtagswahlen für die Legislaturperiode 2009 bis 2013 fanden am 6. und 8. Februar 2009 statt. Die Vaterländische Union (VU) war dabei die Gewinnerin der Wahlen. Sie gewann 3 Sitze hinzu und hält nun die absolute Mehrheit von 13 Sitzen im Parlament. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) verlor im Vergleich zu 2005 einen Sitz und kommt neu auf 11 Mandate. Gleich 2 Sitze verlor die Freie Liste (FL) und damit auch ihre Fraktionsstärke. Neu hat die FL nur noch 1 Mandat inne. Die Stimmbeteiligung war traditionell hoch (84.6%), wovon immer mehr Wähler die Möglichkeit der Briefwahl nutzen (80.5%). Der Anteil Frauen im Parlament blieb mit 6 Sitzen gleich wie anlässlich der Landtagswahl 2005.

Partei	**2009**	2005
Vaterländische Union:	**13 Sitze**	10 Sitze
Fortschrittliche Bürgerpartei:	**11 Sitze**	12 Sitze
Freie Liste:	**1 Sitz**	3 Sitze

Wie schon in der Periode zuvor hat Liechtenstein auch jetzt wieder eine Koalitionsregierung, angeführt von Regierungschef Klaus Tschütscher (VU). Anlässlich der Eröffnungssitzung am 18. März 2009 wurde Arthur Brunhart (VU) zum Landtagspräsidenten gewählt. Seine Stellvertreterin und somit Landtagsvizepräsidentin ist Renate Wohlwend (FBP).

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2009 an insgesamt 17 Sitzungstagen während rund 160 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. Der Rückgang der Anzahl Sitzungstage bzw. Stunden im Vergleich zum Vorjahr ist vorab darauf zurückzuführen, dass die 1. Arbeitssitzung wegen den Landtagswahlen erst im April stattfinden konnte (Vorjahr 27 Sitzungstage). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 18. März 2009 trat der Landtag zu 7 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung fand am 22. April 2009, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags vom 16. bis 17. Dezember 2009 statt. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9.5 Stunden. Im Jahr 2009 wurden 153 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt und somit 18 Beschlüsse weniger als im Vorjahr (171). 54 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 50). Zudem behandelte der Landtag 42 Finanzvorlagen und 33 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 12 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Stellenplan oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 23-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten entweder zur Genehmigung oder zur Kenntnisnahme vorgelegt. Während des Berichtsjahrs wurden 5 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 0) durch den Landtag in Behandlung gezogen und allesamt gutgeheissen. Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr 8 parlamentarische Eingänge (Vorjahr 9), davon 2 Initiativen, 2 Motionen, 1 Postulat und 3 Interpellationen, ein. Die Initiativen zielten auf die Abänderung des Umweltschutzgesetzes und des Gemeindegesetzes ab. Die Motionen betrafen die Entlastung des Werk- und Arbeitsplatzes Liechtenstein durch die finanzielle Absicherung der Arbeitslosenversicherung sowie die kostenlose Abgabe von LBA-Jahresabonnementen für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (Pflichtschulbereich) mit Wohnort in Liechtenstein. Das Postulat befasste sich mit der Förderung von Wissenschaft und Forschung. Die Interpellationen schliesslich betrafen die Themen Kostenanalyse des abgelehnten Reformprojekts SPES I, aktueller Stand der «Marke Liechtenstein» und Gleichstellung von liechtensteinischen Leistungserbringern in Gesundheitsberufen mit ihren schweizerischen Berufskollegen in punkto Werbung und Empfehlung. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten insgesamt 130 Kleine Anfragen an die Regierung. Dies waren 45 weniger als im Vorjahr (175). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 7-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche

Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen. Das Sitzungsjahr 2009 begann mit der Eröffnung am 18. März 2009 und endete mit der formellen Schliessung am 17. Dezember 2009.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Klaus Wanger mit den Abgeordneten Doris Beck, Pepo Frick, Rudolf Lampert und Jürgen Beck trat der Landesausschuss bis zur Wiedereröffnung am 18. März 2009 zu 4 Sitzungen zusammen.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte in 11 Arbeitssitzungen während rund 14 Stunden. Ihr gehörten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz) und die Abgeordneten Renate Wohlwend, Marlies Amann-Marxer, Harry Quaderer und Albert Frick als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Der Hauptaugenmerk lag im Jahre 2009 eindeutig auf den bilateralen Verhandlungen und auf den entsprechenden Vertragsabschlüssen betreffend die internationale Steuerkooperation. Weitere Themengebiete im Berichtsjahr waren die Weiterführung der Teilnahme am Europäischen Aktionsprogramm «Erasmus Mundus», das internationale Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen, das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial, die Aufnahme von diplomatischen Beziehung mit Tschechien, der angestrebte EU-Beitritt Islands oder die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt. Vom 22. November bis 24. November 2009 fand die 4. Parlamentspräsidentenkonferenz europäischer Kleinstaaten (Andorra, Malta, Zypern, Monaco, Montenegro, Island, San Marino, Liechtenstein, Luxemburg) in Zypern statt. Liechtenstein ist in diesem Gremium durch Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagssekretär Josef Hilti vertreten. Die Hauptthemen waren vor allen Dingen die globale Wirtschaftskrise und deren Auswirkung auf die Kleinstaaten, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die internationale Flüchtlingsproblematik.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2009 von den Abgeordneten Günther Kranz (Vorsitz), Diana Hilti, Elmar Kindle, Thomas Vogt und Wendelin Lampert gebildet. In 17 Sitzungen (davon 4 ausserordentlich) während rund 40 Stunden wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den Hauptthemen Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) und Sanierungsprojekt für den Staatshaushalt gab es neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Verpflichtungskredit für die Teilnahme an der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai; Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2010; Corporate-Governance-Paket; Verpflichtungskredit zur Durchführung einer 2D-Testseismik zwecks Erkundung des Nutzungspotentials der Tiefengeothermie; Beteiligung am Offshore Windpark «Ocean Breeze 1» durch die LKW; Staatsbeitrag für die Hochschule Liechtenstein; Staatsbeitrag an das Liechtensteininstitut; Pensionsversicherung für das Staatspersonal; Realisierung des Industriezubringers Schaan; Verpflichtungskredit zur Festlegung des Zahlungsrahmens für die Aufgabenbereiche des Landwirtschaftsgesetzes für die Jahre 2010 bis 2013; Nachtrags-

kredit Liechtensteinisches Landesspital; Abschaffung von Subventionen nach dem Wohnbauförderungsgesetz und für Elektrofahrzeuge sowie Verpflichtungskredit für die Erstellung eines Abfertigungsgebäudes beim Zollamt in Schaanwald.

Geschäftsprüfungskommission
Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 8 Sitzungen (davon 2 ausserordentlich) während rund 33 Stunden zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Christian Batliner (Vorsitz), Markus Batliner, Peter Büchel, Gebhard Negele und Rainer Gopp an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle wurden im Berichtsjahr 2009 unter anderem die nachstehenden herausragenden Traktandenpunkte behandelt: Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Gesetz über die Finanzkontrolle; Pensionsversicherung für das Staatspersonal; die neu dem Landtag zugeordneten Stellen Datenschutzstelle, Finanzkontrolle und Ombudsperson gemäss Kinder- und Jugendgesetz. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Kommunikation und dem Amt für Personal und Organisation einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Das Landtagsbüro
Neben Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend gehörten die Fraktionssprecher Peter Hilti (VU), Johannes Kaiser (FBP) sowie der Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an. Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 14 Sitzungen während rund 14 Stunden zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Weitere behandelte Geschäfte waren unter anderen die Bestellung und Überwachung einer Evaluationskommission für das Kandidatenauswahlverfahren für den neu zu bestellenden Aufsichtsrat der FMA, die Bestellung einer Ombudsperson gemäss Kinder- und Jugendgesetz, die Errichtung einer Kommission zur Umsetzung einer Landtagsreform, neue Kontenstrukturen für das Budget 2010 und der zu erwartende künftige Administrationsaufwand des Landtagssekretariats im Zusammenhang mit der Schaffung von unabhängigen Instituten (Datenschutzstelle, Finanzkontrolle sowie die Ombudsperson für Kinder und Jugendliche sind künftig dem Landtag zugeordnet).

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag bei Bedarf besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei einzelne Gesetze oder andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Gerold Büchel (Vorsitz), Marlies Amann-Marxer und Renate Wohlwend überprüften in 8 Sitzungen während rund 2.5 Stunden die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2009 wurden 284 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 5'612) durch 159 Beschlüsse (total seit Abkommen 2'204) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Kommission zur Reform der Geschäftsordnung
Die Mitglieder der Kommission zur Reform der Geschäftsordnung, Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Rainer Gopp, Pepo Frick und Jürgen Beck tagten im Berichtsjahr 3 mal während rund 5.5 Stunden, um die bestehende Geschäftsordnung des Landtags zu analysieren und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Der Landtagssekretär ist dabei in beratender Funktion tätig.

Kommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche
Die Mitglieder der Kommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche, die Abgeordneten Jürgen Beck (Vorsitz), Marlies Amann-Marxer und Doris Frommelt tagten im Berichtsjahr 3 mal während rund 6.5 Stunden, um eine geeignete Ombudsperson auszuwählen und dem Landtag zur Wahl vorzuschlagen. Vom Landtag gewählt würde schliesslich Frau Margot Sele, Vaduz.

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Gisela Biedermann, Johannes Kaiser und Pepo Frick trat im

Berichtsjahr zu 10 Sitzungen während rund 43.5 Stunden zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Gebhard Negele (Delegationsleiter), Doris Frommelt und der stellvertretende Abgeordnete Leander Schädler vertraten Liechtenstein im Jahre 2009 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Im Berichtsjahr fanden insgesamt 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (z.B. Wirtschaft, Soziales, Kultur) in Strassburg oder an verschiedensten Orten im Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten nahmen vereinzelt auch an diesen Sitzungen teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund fünf bis sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht. An den Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Traktanden debattiert: Globale Wirtschaftskrise; Krieg zwischen Georgien und Russland; Lage in Gaza; Private Militär- und Sicherheitsfirmen und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols; Verhinderung der ersten Form von Gewalt an Kindern (Aussetzung nach der Geburt); Förderung einer Demokratie- und Menschenrechtskultur durch Lehrerausbildung; Einhaltung der Verpflichtungen durch Serbien.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr 2009 aus den Abgeordneten Harry Quaderer (Delegationsleiter), Albert Frick und den stellvertretenden Abgeordneten Helmuth Büchel und Marion Kindle-Kühnis zusammen. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz vertreten. Die Delegation nahm vom 24. bis 26. März 2009 am 93. CMP-, 61. MPS- und 32. JPC-Meeting in Brüssel und Strassburg teil. Haupttraktanden waren dabei die neuesten Entwicklungen in Bezug auf die Färöer Inseln, welche bis auf weiteres den Beobachterstatus im CMP geniessen sollen, die globale Wirtschaftskrise, insbesondere die Finanzkrise in Island, der aktuelle Stand bezüglich der Welthandelsorganisation und den Handelseinbussen und Sicherheit der Energieversorgung in Europa und die Auswirkungen auf den Geldmarkt. Harry Quaderer wurde im Zuge des Meetings turnusgemäss zum Präsidenten des gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses gewählt. Vom 22. bis 23. Juni 2009 nahm die Delegation am 94. CMP- und 62. MPS-Meeting sowie am 40. EFTA-Ministertreffen und 10. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Hamar teil. Dabei wurden folgende Themen diskutiert; Eigentumsrechte im Zusammenhang mit dem freien Handel; die politische Entwicklung innerhalb der EFTA-Mitgliedsstaaten und die Drittlandbeziehungen der EFTA-Staaten. Ebenfalls wurde der geplante Drittlandbesuch in Moskau vom Herbst 2009 diskutiert. An diesem nahm die Delegation vom 24. bis 27. Oktober 2009 teil. Zweck der Reise war die Unterstützung der Bestrebung zum Abschluss eines Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Russland. Im Anschluss nahm die Delegation vom 28. bis 29. Oktober 2009 am 33. JPC-Meeting in Trondheim teil. Dabei wurden hauptsächlich die globale Finanzkrise und das Arbeitsrecht im EWR diskutiert. Am 16. November 2009 fand ein EFTA Standing Committee Meeting auf Ministerebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee in Brüssel statt, an dem die liechtensteinische Delegation bei der erneuten Diskussion der globalen Wirtschaftskrise ebenfalls vertreten war. Vom 17. bis 18. Dezember 2009 nahm die Delegation schliesslich am 95. CMP-, 63. MPS-Meeting und 41. EFTA Ministertreffen in Genf teil. Folgende Traktandenpunkte wurden dabei abgehandelt: die aktuellen Entwicklungen innerhalb der diversen EFTA-Arbeitsgruppen (Beispielsweise für Handel und Soziales); Politische Entwicklungen in den EFTA-Mitgliedsstaaten sowie die Drittlandbeziehungen der EFTA. Ebenfalls fanden traditionell zum Jahresende diverse Wahlen statt.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahre 2009 setzte sich aus dem Stv. Abgeordneten Hubert Lampert (Delegationsleiter), den Abgeordneten Doris Beck und Werner Kranz (stellvertretendes Mitglied) und dem stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (stv. Mitglied) zusammen. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die

Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist. Nach der alljährlich stattfindenden Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien vom 19. bis 20. Februar 2009 (inklusive Sonderdebatte über Vorschläge bezüglich einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur), bei der die liechtensteinische Delegation wegen der kürzlich davor stattgefundenen Landtagswahlen nicht vertreten war, fand die 18. Jahresversammlung der OSZE vom 29. Juni bis 3. Juli 2009 in Vilnius statt, wo die liechtensteinische Delegation vertreten war. Hauptthemen dieses Meetings waren die folgenden: Weltfinanzkrise und die sozialen Konsequenzen, Afghanistan, Erneuerung der Diskussion über Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa, Arbeitsmigration in Zentralasien, Klimawandel, Steueroasen, Mittelmeerfreihandelszone, Meinungsfreiheit im Internet, EU Verbot von Robbenprodukten, Müttersterblichkeit, Richtlinien zur Hilfe und Unterstützung von Flüchtlingen sowie Antisemitismus. Ebenfalls gab es eine Dringlichkeitsdebatte inklusive Beschlussfassung zur aktuellen Situation im Iran. Die jährlich stattfindende Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 9. bis 12. Oktober 2009 in Athen statt, an der die liechtensteinische Delegation ebenfalls vertreten war. An dieser Sitzung wurden vor allen Dingen die Themen «Regionale Mitarbeit bei der Energiesicherstellung», «Klima und Umweltpolitik – der Weg nach Kopenhagen» sowie «Die optimale Nutzung der Naturressourcen in Sache Sicherheit» behandelt. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr die Abgeordneten Jürgen Beck (Delegationsleiter), Doris Frommelt sowie die stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis und Stefan Wenaweser an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste Konferenz tagte vom 5. bis 10. April 2009 in Addis Abeba, Äthiopien, die zweite vom 19. bis 21. Oktober 2009 in Genf. In Addis Abeba war die liechtensteinische Delegation nicht vertreten, weil die Delegation aufgrund der Wahlen im Februar 2009 neu zusammengestellt wurde und deshalb eine adäquate Vorbereitung auf die Konferenz nicht möglich war. Die folgenden Themen wurden bei der 120. IPU-Konferenz in Addis Abeba erörtert: Förderung der nuklearen Abrüstung; Klimawandel; Verhinderung von grenzüberschreitendem Terrorismus; Situation in Gaza und die gemeinsame Bekämpfung des organisierten Verbrechens. An der 121. IPU-Konferenz in Genf war die liechtensteinische Delegation durch die Abgeordneten Jürgen Beck und Doris Frommelt sowie Landtagssekretär Josef Hilti vertreten. Haupttraktanden der Konferenz waren insbesondere: Verbesserung der globalen Nahrungssicherheit; Situation in Gaza; gemeinsame Bekämpfung des organisierten Verbrechens; Einbezug der Jugend in demokratische Prozesse, das Jahresprogramm 2010 inklusive Budget sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Delegationsleiter),der Abgeordnete Rainer Gopp und der stellvertretende Abgeordnete Dominik Oehri den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Kanton Thurgau hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die 32. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee fand am 8. Mai 2009 in Kreuzlingen statt, wo auch die liechtensteinische Delegation vertreten war. Die Sitzung handelte hauptsächlich das Thema «Effektivitäts- und Effizienzgewinne durch koordinierte Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Bildungsangebot» ab. Am 23. Oktober 2009 fand in Arbon, aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Landtagssitzung ohne liechtensteinische Beteiligung, die 33. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee statt. Hauptthema dabei waren die grenzüberschreitenden Verkehrsaspekte, namentlich die NEAT-Zulaufstrecken und die Bodensee-S-Bahn. Jährlich findet im Dezember eine Präsidentenkonferenz zur Vertiefung der Kontakte statt, welche im Berichtsjahr am 4. Dezember 2009 in Ittingen stattfand. Das Land Vorarlberg wird im Jahr 2010 den Vorsitz innehaben.

Landtagssekretariat

Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten und einer Teilzeit-Mitarbeiterin. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden vom Landtag bestellt. Der Aufgabenbereich des Sekretariats ist in der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61, Art. 15 und 16 umschrieben. Er sieht insbesondere die Protokollierung der

Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse vor. Zudem ist das Landtagssekretariat die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Das Landtagssekretariat verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 5.80 Stellen. Zudem sind zwei Mitarbeiterinnen auf Stundenbasis zur Erstellung des Landtagsprotokolls angestellt. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2009

Eröffnungssitzung vom 18. März 2009

– Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
– Bestellung der Wahlaktenprüfungskommission
  In die Wahlaktenprüfungskommission werden die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer und Gerold Büchel (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Oberland) sowie die Abgeordneten Jürgen Beck und Elmar Kindle (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Unterland) bestellt.
– Validierung der Landtagswahlen und der Wahl seiner Mitglieder
  Die Gültigkeit der Landtagswahlen vom 8. Februar 2009 und der Wahl der Mitglieder des Landtags wird festgestellt.
– Vereidigung durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  Die Landtagsabgeordneten und die stellvertretenden Abgeordneten legen den Eid vor S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein ab, unterzeichnen das Vereidigungsprotokoll und erhalten die Wahlurkunde.
– Ansprache der Alterspräsidentin
– Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Arthur Brunhart
– Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Abg. Renate Wohlwend
– Wahl der Schriftführer
  Abg. Gerold Büchel
  Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Aussenpolitischen Kommission (APK)
  Landtagspräsident Arthur Brunhart, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer
  Abg. Albert Frick
  Abg. Harry Quaderer
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
– Wahl der Finanzkommission (FKO)
  Abg. Günther Kranz, Vorsitz
  Abg. Diana Hilti
  Abg. Elmar Kindle
  Abg. Wendelin Lampert
  Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
  Abg. Christian Batliner, Vorsitz
  Abg. Manfred Batliner
  Abg. Peter Büchel
  Abg. Rainer Gopp
  Abg. Gebhard Negele
– Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates
  Abg. Gebhard Negele, Delegationsleiter
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
  Abg. Doris Frommelt (Ersatzmitglied)
  Stv. Abg. Leander Schädler (Ersatzmitglied)
– Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE
  Stv. Abg. Hubert Lampert, Delegationsleiter
  Abg. Doris Beck
  Stv. Abg. Helmuth Büchel (Ersatzmitglied)
  Abg. Werner Kranz (Ersatzmitglied)
– Wahl der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
  Abg. Harry Quaderer, Delegationsleiter
  Abg. Albert Frick
  Stv. Abg. Marion Kindle (Ersatzmitglied)
  Stv. Abg. Helmuth Büchel (Ersatzmitglied)
– Wahl der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Landtagspräsident Arthur Brunhart, Delegationsleiter
  Abg. Rainer Gopp
  Stv. Abg. Dominik Oehri
– Wahl der Delegation für die Interparlamentarische Union
  Abg. Jürgen Beck, Delegationsleiter
  Abg. Doris Frommelt
  Stv. Abg. Marion Kindle (Ersatzmitglied)
  Stv. Abg. Stefan Wenaweser (Ersatzmitglied)
– Wahl der EWR-Kommission
  Abg. Gerold Büchel, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
– Wahl der Mitglieder des Richterauswahlgremiums
  Abg. Gisela Biedermann
  Abg. Pepo Frick
  Abg. Johannes Kaiser

Öffentliche Landtagssitzung vom 25. März 2009

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 25. März 2009
– Vereidigung von Hubert Lampert als stellvertretender Abgeordneter gemäss Art. 54 Abs. 2 Landesverfassung
– Wahl der Regierung

Der Landtag schlägt S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zur Ernennung in die Regierung vor:
Als Regierungschef: Klaus Tschütscher, Ruggell
Als Regierungschef-Stellvertreter: Martin Meyer, Gamprin
Als Regierungsräte: Aurelia Frick, Triesen, Renate Müssner, Nendeln, Hugo Quaderer, Schaan
Als Regierungsrat-Stellvertreter: Hubert Büchel, Ruggell, Andrea Klein, Mauren, Roland Moser, Vaduz, Mauro Pedrazzini, Eschen, Patrick Schürmann, Vaduz.

– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. Oktober 2008
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20./21. November 2008
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 10./11./12. Dezember 2008
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung des Landtages vom 18. März 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Wahl einer Landtagskommission zur Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche für den Zeitraum von 2009 bis 2013
Vorsitzender: Abg. Jürgen Beck, Vaduz
Mitglieder: Abg. Marlies Amann-Marxer, Eschen, Abg. Doris Frommelt, Schaan.
– Wahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Landesbank AG für die Mandatsperiode vom 21. April 2009 bis 20. April 2012
Präsident: Hans-Werner Gassner, Balzers
Mitglieder: Markus Büchel, Ruggell, Roland Oehri, Ruggell, Markus Foser, Vaduz.

Öffentliche Landtagssitzung vom 22. April 2009

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 22. April 2009
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 25. März 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Ergebnis der Volksabstimmung vom 27./29. März 2009 über das Referendumsbegehren zum Gesetz vom 19. November 2008 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Nichtraucherschutz und die Werbung für Tabakerzeugnisse
Das Ergebnis wird zur Kenntnis genommen.
– Ergebnis der Volksabstimmung vom 27./29. März 2009 über das Referendumsbegehren zu den Gesetzen vom 20. November 2008 betreffend die Abänderung des Schulgesetzes, des Lehrerdienstgesetzes und des Subventionsgesetzes zur «Umsetzung der Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)»
Das Ergebnis wird zur Kenntnis genommen.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VIII/2008), (Nr. 7/2009)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitung) wird als dringlich erklärt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (I/2009), (Nr. 8/2009)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitung) wird als dringlich erklärt.
– Genehmigung eines Verpflichtungskredites und eines Nachtragskredites für die Teilnahme an der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai (Nr. 11/2009)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Art. 18 Ziff. 3 und Ziff. 19 Bst. f. sowie Art. 88 Bst. a MWSTG), (Nr. 154/2008); [1. Lesung: 12. Dezember 2008]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) vom 26. Januar 2008, (Nr. 2/2009)
Dem Freihandelsabkommen wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 16/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates), (Nr. 3/2009)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 114/2008 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG), (Nr. 5/2009)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 30. Juni 2008); [Schreiben der Regierung vom 24. März 2009, RA 2009/475-0102]
Die Anlagen I und II werden zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2008 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2008 der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2008 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2008 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2008 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung der Strafprozessordnung (StPO), (Nr.

10/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Praxisänderung betreffend der Beitragspflicht von Überbrückungsgeldern und Frühpensionen durch die AHV/IV/FAK-Anstalten
  – Dampflokomotive 77250
– Anfrage des Abg. Elmar Kindle:
  – Schülerzahlen der Sekundarstufe I
– Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – Erdbebensicherheit
  – Beitrag an Unterstützung und Hilfe für die Erdbebenopfer in Italien
– Anfragen des Abg. Günther Kranz:
  – Mobilitätsmanagement des Landes
  – Stromversorgung
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Anzahl der Stiftungen in Liechtenstein
  – Kurzarbeit in Liechtenstein
  – Ausländergesetz
  – Umfahrungsstrasse in Schaan
  – Tabakpräventionsgesetz im Zusammenhang mit dem neuen Kinder- und Jugendgesetz
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Verordnung vom 14. April 2009 über die Abänderung der Tabakpräventionsverordnung
– Anfrage des Stv. Abg. Helmuth Büchel:
  – Positionspapiers der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung
– Anfrage der Landtagsvizepräsidenten Renate Wohlwend:
  – proaktive Politik
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Reorganisation der staatlichen Kommunikationsstellen
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Amtshilfegesetz als Grundlage für Informationsaustausch
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – Infrastrukturplanung der internationalen Eisenbahnverbindung Feldkirch/Buchs
– Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  – Steuerreform
– Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  – Strassenbau
– Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  – öffentliche Berichterstattung durch die Regierung
– Abänderung des Strafgesetzbuches (Cyber Crime), (Nr. 4/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Bankengesetzes sowie des Investmentunternehmensgesetzes (Nr. 9/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 27. / 28. Mai 2009
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 27./28. Mai 2009
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22. April 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation betreffend die finanziellen Aufwendungen (Kostenanalyse) des abgelehnten Reformprojekts «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)» der Abgeordneten Gerold Büchel, Doris Frommelt, Christian Batliner, Wendelin Lampert, Elmar Kindle, Johannes Kaiser und Renate Wohlwend vom 27. April 2009
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Genehmigung eines Ergänzungskredits für die Weiterführung des Schulversuchs «Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan» in den Schuljahren 2009/2010, 2010/2011 und 2011/2012 (Nr. 18/2009)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Geschäftsbericht 2008 der AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 13/2009)
Die Geschäftsberichte und die Verwaltungskostenrechnung 2008 werden genehmigt. Den verantwortlichen Organen wird unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Geschäftsbericht 2008 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 16/2009)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2008 werden genehmigt
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 20/2009)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2008 werden genehmigt. Den verantwortlichen Organen wird unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 21/2009)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2008 werden genehmigt. Den verantwortlichen Organen wird unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Mobilfunk
– Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  – Gesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Kosten für die Erstellung des Landtagsgebäudes
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – aussergerichtlicher Tatausgleich in Fällen häuslicher Gewalt
  – Klassengrössen in den Primarschulen
  – Gymnasialquote
  – Mobilfunkversorgung aus der benachbarten Schweiz
  – gesundheitsverträglicher Mobilfunk
  – Mobilfunk in Liechtenstein 2013
– Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  – Überfahrt der Schwelle «Dorfstrasse – Abzweigung Stotz»
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Kurzarbeit nach der Lehre

  – Entwicklung der Gesundheitskosten in den Tarmed-relevanten Kostengruppen
– Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  – Mobilitätsmanagement der Landesverwaltung
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Unterricht am Schulzentrum Unterland
– Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – Image und Ansehen Liechtensteins im In- und im Ausland
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 22/2009)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2008 werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 23/2009)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2008 werden genehmigt. Den verantwortlichen Organen wird unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Bericht über die Justizpflege 2008 des Fürstlichen Landgerichtes
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht 2008 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein
  Der Geschäftsbericht 2008 wird genehmigt.
– Abänderung des Bankengesetzes, des Vermögensverwaltungsgesetzes, des Investmentunternehmensgesetzes und des E-Geldgesetzes in Umsetzung der Richtlinie 2007/44/EG (Nr. 161/2008); [1. Lesung: 12. Dezember 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 12/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Bankengesetzes sowie des Investmentunternehmensgesetzes, (Nr. 9/2009); [1. Lesung: 22. April 2009]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Patentrechtsvertrag vom 1. Juni 2000, Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag vom 1. Juni 2000 und Gemeinsame Erklärungen vom 1. Juni 2000 der diplomatischen Konferenz zum Patentrechtsvertrag und zur Ausführungsordnung (Nr. 15/2009)
  Den Verträgen wird die Zustimmung erteilt.
– Erreichung der Grenzwerte für nichtionisierende Strahlung im Bereich Mobilfunk nach Art. 5 Abs. 4 der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), (Fortschrittsbericht 2009), (Nr. 19/2009)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Regierung wird aufgefordert bis zur Landtgssitzung im Oktober 2009 drei Anträge zu erledigen.
– Einbürgerung von Frau Tsering Yangzom KHANGDONGTSANG und Tochter Nima Dolma KHANGDONGTSANG, Neugrüt 25, 9496 Balzers
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Frau Tsering Dölma BISHING, Im Kresta 21, 9494 Schaan
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Frau Helena KRAFT, Zollstrasse 3, 9494 Schaan
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Herrn Yves Markus MONN, Im Rösle 3, 9494 Schaan
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Herrn Tsering Norbu SIPATSANG und Söhne Tenzin Chögyal SIPATSANG und Lobsang Tenzin SIPATSANG, Bahnstrasse 5, 9494 Schaan
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2005/56 EG vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten), (Nr. 1/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Rechtsanwaltsgesetzes (RAG), (Nr. 24/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 24. / 25. / 26. Juni 2009

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. Juni 2008
– Interpellationsbeantwortung der Regierung betreffend die finanziellen Aufwendungen (Kostenanalyse) des abgelehnten Reformprojekts «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)», (Nr. 37/2009)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative auf Abänderung des Umweltschutzgesetzes (Nr. 50/2009)
  Der Vorprüfungsbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
– Wahl der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten für die Mandatsperiode 2009 bis 2013
  Präsident: Christian Ritter, Egga 845, 9497 Triesenberg
  Vize-Präsident: Daniel F. Seger, Garnis 11, 9495 Triesen
  Mitglieder: Gerlinde Gassner, Sennwis 437, 9497 Triesenberg; Christian Näff, Poska 4, 9495 Triesen; Eric Marxer, St. Markusgasse 2, 9490 Vaduz
  Ersatzmitglieder: Gilbert Frommelt, Im Zagalzel 36, 9494 Schaan; Agatha Pino Maqueda, Jedergasse 103,

9487 Gamprin.

– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (II/2009), (Nr. 26/2009)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (III/2009), (Nr. 39/2009)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Finanzbeschluss über die Weiterführung der Teilnahme am Europäischen Aktionsprogramm Erasmus Mundus (2009 – 2013), (Nr. 30/2009)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2010 (Nr. 44/2009)
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2010 wird auf CHF 57 Mio. festgelegt.
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Familienförderung
– Anfragen der Abg. Doris Frommelt:
  – Liechtensteinischer Rundfunk
  – Schweinegrippe
– Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  – Energieeffizienzgesetz
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  – anonymisierte Publikation der Kosten pro Leistungserbringer
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Wo drückt der Schuh im Gewerbe?
  – Task Force der gewerblichen Wirtschaft
  – Agrarmärkte und Milchpreis
– Anfrage der Abg. Gisela Biedermann:
  – Anrede von uns Frauen im Landtag
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Steuerrecht
– Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  – Bürgerrechtsgesetz
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – arbeitsrechtliche Vorschriften für LBA-Buschauffeure bei Auslandsfahrten
  – Umweltauflagen bei den Malbuner Bergbahnen
  – Wertminderung von Liegenschaften wegen Mobilfunkantennen
  – IRENA, Internationale Organisation für Erneuerbare Energien
– Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  – Medikamentenabgabe
– Verkauf der Liegenschaft Verwaltungsgebäude 4B und Landerwerb für die künftige Realisierung eines Gerichtsgebäudes (Nr. 49/2009)
  Dem Verkauf der Liegenschaft Verwaltungsgebäude 4B und dem Landerwerb für die künftige Realisierung eines Gerichtsgebäudes wird zugestimmt.
– Rechenschaftsbericht der Regierung 2008 (Nr. 14/2009)
  Der Rechenschaftsbericht 2008 wird genehmigt. Der Regierung und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landesverwaltung wird der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
– Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2008 (Nr. 38/2009)
  Die Landesrechnung 2008 wird genehmigt. Dem Finanzbeschluss über die Deckung des Aufwandüberschusses von CHF 126'519'830 aus den Übrigen Eigenmitteln wird zugestimmt.
– Geschäftsbericht 2008 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 43/2009)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Strafgesetzbuches (Cyber Crime), (Nr. 4/2009); [1. Lesung: 22. April 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 32/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 20/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Entscheidung 2008/627/EG der Kommission vom 29. Juli 2008 betreffend eine Übergangsfrist für Abschlussprüfungstätigkeiten bestimmter Drittlandabschlussprüfer und -abschlussprüfungsgesellschaften), (Nr. 27/2009)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954, Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 30. August 1961 sowie Rücknahme der Vorbehalte zu Art. 17 und 24 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 sowie zu Art. 7 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 und zu Art. 24 Abs. 3 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 (Nr. 25/2009)
  Den Übereinkommen wird zugestimmt.
– Freihandelsabkommen zwischen der Republik Kolumbien und den EFTA-Staaten vom 25. November 2008 (Nr. 29/2009)
  Dem Freihandelsabkommen wird zugestimmt.
– Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen vom 13. April 2005 (Nr. 33/2009)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
– Änderung vom 8. Juli 2005 des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial (Nr. 34/2009)
  Der Änderung des Übereinkommens wird zugestimmt.
– Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (Nr. 35/2009)
  Den Protokollen wird zugestimmt.
– Rahmenvertrag zwischen dem Fürstentum Liechten-

stein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum vom 3. Dezember 2008 (Nr. 36/2009)
Dem Rahmenvertrag wird zugestimmt.
– Abklärungen zum Nutzungspotenzial der Tiefengeothermie in Liechtenstein (Nr. 31/2009)
Die Abklärungen werden zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Staatspersonalgesetzes (Nr. 28/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Übereinkommen vom 8. Dezember 2008 mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen, das Steueramtshilfegesetz-USA, das Gesetz über die Abänderung des Staatsgerichtshofgesetzes und die Ergänzung von Art. 102 der Verfassung, (Nr. 40/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvermittlungsgesetzes (unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung der EU-Rückversicherungsrichtlinie), (Nr. 41/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung des Zahlungsdienstegesetzes, Abänderung des Fern-Finanzdienstleistungsgesetzes, des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Gewerbegesetzes und des Postgesetzes sowie Aufhebung des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen (Nr. 42/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Personenbeförderungsgesetzes sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 46/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung der Konkursordnung (Nr. 47/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung der Zivilprozessordnung (Nr. 48/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) und weiterer Gesetze (Einführung eines Betreuungs- und Pflegegeldes bei Hauspflege), (Nr. 162/2008); [1. Lesung: 12. Dezember 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 45/2009); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 16. / 17. / 18. September 2009
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17./18. September 2009
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 27./28. Mai 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. Juni 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Initiativbegehren zur Abänderung des Umweltschutzgesetzes (Nr. 52/2009)
Das Initiativbegehren wird abgelehnt.
– Bestellung einer Landtagskommission zur Reform der Geschäftsordnung für den Landtag
In die Kommission wird bestellt:
Landtagspräsident Arthur Brunhart
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
Abg. Jürgen Beck
Abg. Pepo Frick
Abg. Rainer Gopp
– Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  – Liechtenstein setzt sich für Menschenrechte ein
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Liechtensteinisches Steuerrecht
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Staatskirchenrecht
– Anfragen des Abg. Rainer Gopp:
  – Kosten im Gesundheitswesen
  – Hundegesetz
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Jugendarbeitslosigkeit
  – Liechtenstein-Dialog
  – Steuerinformationsabkommen
  – SPES-Telefonumfrage
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – Arbeitslosenkasse
– Anfragen des Abg. Werner Kranz:
  – Infrastrukturplanung S-Bahn Liechtenstein/Österreich/Schweiz
  – Südumfahrung Feldkirch
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Neuordnung des liechtensteinischen Staatskirchenrechts
  – Versorgung mit MR- und CT-Diagnostikgeräten
  – Volljährigkeitsfest statt Jungbürgerfeier
  – Grenzwerte
  – Bearbeitung eines Modells einer Mobilfunkversorgung
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Output-Ergebnis des liechtensteinischen Gesundheitswesens
  – anonymisierte Publikation der Kosten pro Arzt
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Matura-Anerkennung an der Hochschule Liechtenstein bzw. künftigen Universität
  – virtueller Egelsee
– Anfragen des Abg. Günther Kranz:
  – Finanzierung von Altlastensanierungen durch Land und Gemeinden

– papierloser Schuldbrief
– Anfrage des Stv. Abg. Stefan Wenaweser:
  – Sparkurs der Regierung
– Anfragen der Landtagsvizepräsidenten Renate Wohlwend:
  – Allianzpartner und ungleiche Orientierung
  – Konzept zur Betrugsbekämpfung in der IV
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes für den Rest der Amtsdauer vom 1.1.2008 bis 31.12.2012
  Richter: Dr. Peter Bussjäger, Mokrystr. 15, 6700 Bludenz.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Richters und eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes für die Zeit vom 1.1.2010 bis 31.12.2014
  Richter: Lic.iur. Siegbert Lampert, Gufer 763c, 9497 Triesenberg
  Ersatzrichter: Dr. Peter Nägele, Lavadina 145, 9497 Triesenberg.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Richters des Verwaltungsgerichtshofes für den Rest der Amtsdauer vom 13.10.2008 bis 12.10.2013
  Richter: Dr. Bernhard Röser, Kassian-Haid-Gasse 6, 6900 Bregenz.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes für die Zeit vom 13.10.2009 bis 12.10.2014
  Ersatzrichter: Lic.iur. Daniel Tschikof, Drachenweg 14, 9496 Balzers.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Ad-hoc-Richters in Zusammenhang mit dem Revisionsrekurs 3R VA.2009.46 vor dem Obersten Gerichtshof
  Ad-hoc-Richter: Lic.iur. Christian Ritter, Im Mühleholz 1, 9490 Vaduz.
– Verkauf der Liegenschaft «Post Nendeln» an die Gemeinde Eschen (Nr. 51/2009)
  Dem Verkauf wird zugestimmt.
– Verkauf von Stockwerkeigentumseinheiten der Liegenschaft «Post Mauren» an die Gemeinde Mauren (Nr. 59/2009)
  Dem Verkauf wird zugestimmt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2009), (Nr. 60/2009)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Verpflichtungskredit zur Durchführung einer 2D-Testseismik zwecks Erkundung des Nutzungspotenzials der Tiefengeothermie (Nr. 62/2009)
  Dem Verpflichtungskredit wird zugestimmt.
– Budgetnachtrag zur Beteiligung am Offshore Windpark «Ocean Breeze 1» durch die Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 63/2009)
  Der Budgetnachtrag wird genehmigt.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2005/56/EG vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten), (Nr. 1/2009); [1. Lesung: 28. Mai 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 58/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Staatspersonalgesetzes (Nr. 28/2009); [1. Lesung: 25. Juni 2009]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Übereinkommen vom 8. Dezember 2008 mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen, das Steueramtshilfegesetz-USA, das Gesetz über die Abänderung des Staatsgerichtshofgesetzes und die Ergänzung von Art. 102 der Verfassung (Nr. 40/2009); [1. Lesung: 26. Juni 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 61/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung des Zahlungsdienstegesetzes, Abänderung des Fern-Finanzdienstleistungsgesetzes, des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Gewerbegesetzes und des Postgesetzes sowie Aufhebung des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen (Nr. 42/2009); [1. Lesung: 25. Juni 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 57/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personenbeförderungsgesetzes sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 46/2009); [1. Lesung: 26. Juni 2009]; Stellungnahme der Regierung (Nr. 64/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Verlängerung der Übergangsfristen im Stiftungsrecht), (Nr. 65/2009); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet. Das Gesetz wird als dringlich erklärt.
– Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006 (Nr. 67/2009)
  Dem Vertrag wird zugestimmt.
– Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2009 Nr. 176
  Die Anlagen I und II werden zur Kenntnis genommen.
– Schaffung und Harmonisierung gesetzlicher Grundlagen zur Führung und Transparenz von öffentlichen Unternehmen (Schaffung eines Rahmengesetzes und Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze), (Nr. 53/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes (Bürgerrechtsgesetz; BüG), (Nr. 54/2009); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG), (Nr. 55/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Anpassung der Anlagen I und II zur Mehrwertsteuervereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie Schaffung eines neuen Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz; MWSTG), (Nr. 56/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gerichtsorganisationsgesetzes (Nr. 66/2009); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet. Das Gesetz wird als dringlich erklärt.
- Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl der drei Senatsvorsitzenden, des Präsidenten und der Stellvertreter des Präsidenten des Obergerichtes
  Präsident: Lic.iur.et oec. Rudolf Fehr, Römerstrase 2, 9485 Nendeln
  Erster Stellvertreter des Präsidenten: Dr. Gerhard Mislik, Blütenweg 14, 6800 Feldkirch
  Zweiter Stellvertreter des Präsidenten: Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, 6890 Lustenau.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 21. / 22. / 23. Oktober 2009

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. Oktober 2009
- Initiative betreffend die Abänderung des Gemeindegesetzes der Abgeordneten Christian Batliner, Wendelin Lampert, Doris Frommelt, Elmar Kindle, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser und Albert Frick vom 28. September 2009
  Die Initiative wird in 1. Lesung behandelt.
- Motion zur Entlastung des Werk- und Arbeitsplatzes Liechtenstein durch die finanzielle Absicherung der Arbeitslosenversicherung sowie die verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Abgeordneten Rainer Gopp, Elmar Kindle, Johannes Kaiser, Christian Batliner, Doris Frommelt, Wendelin Lampert, Albert Frick, Renate Wohlwend und Manfred Batliner vom 28. September 2009
  Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2009), (Nr. 77/2009)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Verwaltungskostenvoranschlag 2010 der AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 79/2009)
- Der Verwaltungskostenvoranschlag wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  - Berichte aus dem Ressort Gesundheit
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  - Asylantenansturm auf Liechtenstein
- Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Regierungsprogramm
  - Kundmachungen
  - Medienförderung
- Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  - Asylsuchende
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Output-Ergebnis des liechtensteinischen Gesundheitswesens
  - anonymisierte Publikation der Kosten pro Arzt
- Anfragen des Abg. Albert Frick:
  - Bau des Schulzentrums Unterland II
  - Kindertagesstätte
- Anfrage des Stv. Abg. Dominik Oehri:
  - verhaltensauffällige Kinder in der Primarschule
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Pandemie-Instruktionsplanung
  - Informationsstrategie der Regierung zwischen Land und Gemeinden
- Anfrage der Stv. Abg. Marion Kindle-Kühnis:
  - Benützung der Linienbusse mit Kindergartenkindern
- Anfrage der Abg. Gisela Biedermann:
  - Pensionskassenguthaben
- Anfragen des Stv. Abg. Stefan Wenaweser:
  - Auswirkungen der Abkommensstrategie der Regierung
  - Sprache von Abkommenstexten
  - Abstimmung unserer Abkommenspolitik mit befreundeten Staaten
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Kosten bzw. einen Kostenvergleich des liechtensteinischen Landesspitals mit anderen Spitälern
  - Anpassung der Strafprozessordnung
- Anfragen des Abg. Christian Batliner:
  - Medikamentenabgabe
  - Informationspolitik
- Gewährung eines Staatsbeitrages an das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2010 und 2011 (Nr. 73/2009)
  Der Gewährung eines Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Gewährung eines Staatsbeitrages für die Hochschule Liechtenstein für die Jahre 2010 und 2011 (Nr. 74/2009)
  Der Gewährung eines Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Genehmigung eines Ergänzungskredites für die Fortführung des Liechtensteinischen Urkundenbuches (Nr. 75/2009)
  Der Genehmigung eines Ergänzungskredites wird zugestimmt.
- Schaffung eines Gesetzes über die Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz; FinKG) (Nr. 122/2008); [1. Lesung: 21. November 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 76/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und

verabschiedet.

– Abänderung des Rechtsanwaltsgesetzes (RAG), (Nr. 24/2009); [1. Lesung: 28. Mai 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 71/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvermittlungsgesetzes (unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung der EU-Rückversicherungsrichtlinie), (Nr. 41/2009); [1. Lesung: 25. Juni 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 69/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Anpassung der Anlagen I und II zur Mehrwertsteuervereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie die Schaffung eines neuen Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz; MWSTG), (Nr. 56/2009); [1. Lesung: 18. September 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 78/2009); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 61/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 29. Mai 2009 (Richtlinie 2004/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel und Richtlinie 2004/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel), (Nr. 68/2009)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Bereitstellung eines Mobilfunknetzes für Netzbetreiber, um tiefere Grenzwerte zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung zu ermöglichen (Nr. 80/2009)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Bestellung einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche für den Zeitraum von 2009 bis 2013 (Kommissionsbericht inklusive Beilagen)
  Als Ombudsperson wird Margot Sele, Pradafant 1, 9490 Vaduz, bestellt.
– Schaffung des Rechts der Sachwalterschaft (Nr. 70/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Teilrevision des Gesetzes vom 25. November 2004 über das Hochschulwesen (Hochschulgesetz; HSG), (Nr. 72/2009); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 18. / 19. / 20. November 2009

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 18./19./20. November 2009
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17./18. September 2009
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Postulat zur Förderung von Wissenschaft und Forschung der Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Jürgen Beck, Gisela Biedermann, Arthur Brunhart, Peter Büchel, Diana Hilti, Peter Hilti, Günther Kranz, Werner Kranz, Gebhard Negele, Harry Quaderer und Thomas Vogt vom 23. Oktober 2009
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Wahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Gasversorgung
  Dieses Traktandum wird neu 19a.
– Neubestellung der Kollegialgerichte: Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl der Richterinnen und Richter des Kriminalgerichtes, des Schöffengerichtes, des Jugendgerichtes, des Obergerichtes sowie des Obersten Gerichtshofes für die Amtsdauer vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2014
– Oberster Gerichtshof - Präsident: Dr. Gert Delle Karth, Mitterweg 114a, 6020 Innsbruck - Stellvertreter des Präsidenten: Dr. Walter Krabichler, Ampfererstrasse 5, 6020 Innsbruck- Richter: Dr. Marie-Theres Frick, Im Ganser 4, 9494 Schaan, Dr. Thomas Hasler, Äulestrasse 60, 9490 Vaduz, Prof. Dr. Reinhold Hotz, Sanatoriumstrasse 23, 8636 Wald, Lic.iur. M.B.L.-HSG Thomas Ritter, Fürst-Franz-Josef Strasse 25, 9493 Mauren, Prof. Dr. Hubertus Schumacher, Kaiserjägerstrasse 18, 6020 Innsbruck - Stellvertreter: Dr. Stefan Becker, LL.M-ULB, Schalunstrasse 15, 9490 Vaduz, Dr. Ingrid Brandstätter, Sillhöfe 7/45, 6020 Innsbruck, Lic. iur. Rolf Sele, Rheinau 7, 9495 Triesen, Lic.iur. Marcel Telser, Am Bach 8, 9495 Triesen, Dr. Wigbert Zimmermann, Tiergartenstrasse 127, 6020 Innsbruck
  Obergericht - Stellvertreter der Vorsitzenden: Dr. Heinz Bildstein, Belruptstrasse 42a/12, 6900 Bregenz, Dr. Alfons Dür, Oberdorfweg 6, 9470 Buchs, Lic.iur. Uwe Öhri, Rosentrasse 54, 9493 Mauren - Richter: Dr. Vincent Augustin, Quaderstrasse 8, 7000 Chur, Karl Biedermann, St. Georgstrasse 91, 9488 Schellenberg, Monika Forster, Landtrasse 137, 9495 Triesen, Mag.iur. Marion Hilti-Baumgartner, Toniäulestrasse 5, 9490 Vaduz, Dr. Kuno Künz, Egelseestrasse 95b, 6806 Tosters, Edith Maier-Vogt, Stötz 10, 9496 Balzers, Andrea Matt, Am Gupfenbühel 3, 9493 Mauren, Antje Moser, Birkenweg 16, 9490 Vaduz, Dr. Marc Risch, Schinderböchel 18, 9490 Vaduz, Dr. Dieter Santner, Vorklostergasse 49, 6900 Bregenz, Werner Schädler, Bergrestaurant Sücka, 9497 Triesenberg - Hansurudi Sele, Pradafant 1, 9490 Vaduz- Stellvertreter: Lic.iur.HSG Martina Altmann-Lins, Gapetschstrasse 97, 9494 Schaan, Lic.iur. Andrea Boog, Ägeristrasse 11, 6300 Zug, Karin Büchel, Rotengasse 13, 9491 Ruggell, Kurt Eberle, Stötz 12, 9496 Balzers, Dr. Stefan Heimgartner, Rainstrasse 27, 8038 Zürich, Sigrid Kaufmann, Morgengab 4, 9493 Mauren, Irene Mündle, Purtscher 5, 9493 Mauren, Theo Oehri, Heiligwies 20, 9486 Schaanwald, Lic.iur. et rer.publ. René B. Ott, Mattlaweg 8, 9490 Vaduz, Lic.

iur. Eva Rüfenacht, Witellikerstrasse 35, 8702 Zollikon, Angelika Tinner-Wolf, Egertastrasse 14a, 9490 Vaduz, Ibrahim Türkyilmaz, Landtrasse 110, 9495 Triesen
Kriminalgericht - Stellvertreter des Vorsitzenden: Mag. iur. Sonja Nachbauer, Kronenweg 7, 6800 Feldkirch-Kriminalrichter: Petra Brunhart-Eichele, Reberastrasse 49, 9494 Schaan, Georg Hassler, Franz-Sales-Weg 34, 9488 Schellenberg, Daniela Wellenzohn-Erne, Feldstrasse 75, 9495 Triesen- Stellvertreter: Monika Bereiter-Amann, Tonagass 29, 9492 Eschen, Erwin Gassner, Zöllnersteig 10, 9493 Mauren, Marlies Marxer-Schurti, Oberstädtle 36, 9485 Nendeln, Saskia Nigg, Brückle 5, 9496 Balzers, Christine Schenk-Beck, Spaniagasse 5c, 9490 Vaduz, Maria Thöny, Iradug 51, 9496 Balzers
Schöffengericht - Schöffen: Rita Hasler-Oehri, Rotengasse 49, 9491 Ruggell, Maria Thöny, Iradug 51, 9496 Balzers- Stellvertreter: Petra Brunhart-Eichele, Reberastrasse 49, 9494 Schaan, Daniela Wellenzohn-Erne, Feldstrasse 75, 9495 Triesen
Jugendgericht - Jugendrichter: Martina Marxer, Rankhag 12, 9488 Schellenberg, Ursula Oehry-Walther, Auf der Egerta 27, 9498 Planken- Stellvertreter: Anita Senti, Im Kesse 23, 9488 Schellenberg, Ibrahim Türkyilmaz, Landtrasse 110, 9495 Triesen
Landgericht - Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten: Lic.iur. Uwe Öhri, Rosentrasse 54, 9493 Mauren.

– Mittelfristige Planung staatlicher Bauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2009), (Nr. 95/2009)
  Der Hochbautenbericht 2009 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
– Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  – Mobilitätsmanagement der Landesverwaltung
– Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – Motorfahrzeugsteuer zur Förderung energieeffizienter Personenwagen
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Internationale Jahre
  – Zukunftsbüro
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Personal und Personalfluktuation bei der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Enormes Sparpotential im Spital
  – Gute Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich
– Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  – Medienmitarbeiter für die Ressorts Bildung, Inneres, Soziales und Umwelt
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Studie über das Gesundheitsfinanzierungssystem
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Berichte des Ressorts Gesundheit
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Anonymisierte Publikation der Kosten pro Arzt
  – Output-Ergebnis des liechtensteinischen Gesundheitswesens
  – Rückzug der INTRAS aus dem Tätigkeitsgebiet des Fürstentum Liechtenstein
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Mobilitätsmanagement des Landes
– Anfrage des Stv. Abg. Dominik Oehri:
  – Energieeffizienzgesetz
– Mittelfristige Planung des Neubaus und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2010), (Nr. 96/2009)
  Dem Verkehrsinfrastrukturbericht 2010 wird zugestimmt und der Finanzbeschluss wird genehmigt.
– Genehmigung eines Verpflichtungskredites zur Festlegung des Zahlungsrahmens für die Aufgabenbereiche des Landwirtschaftsgesetzes für die Jahre 2010 bis 2013 (Nr. 97/2009)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
  Realisierung des Industriezubringers Schaan (Nr. 99/2009)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VI/2009), (Nr. 101/2009)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt.
– Finanzplanung 2010 – 2014 (Nr. 100/2009)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Der finanzpolitischen Zielsetzung wird die Zustimmung erteilt.
– Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2010 (Nr. 85/2009)
  Der Landesvoranschlag für das Jahr 2010 wird genehmigt. Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Das Finanzgesetz für das Jahr 2010 wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
– Voranschlag 2010 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 83/2009)
  Der Voranschlag 2010 wird genehmigt.
– Voranschlag 2010 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 84/2009)
  Der Voranschlag 2010 wird genehmigt.
– Voranschlag 2010 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 93/2009)
  Der Voranschlag 2010 wird genehmigt.
– Voranschlag 2010 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA), (Nr. 94/2009)
  Der Voranschlag 2010 wird genehmigt.
– Voranschlag 2010 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein
  Der Voranschlag 2010 wird genehmigt.
– Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten, dem Landtag und den selbständigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Stellenplan 2009/2010), (Nr. 98/2009)
  Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt und die Zuweisung gemäss Stellenplan 2009/2010 zur Kenntnis genommen.
  Gegenüber dem Stellenplan 2008/2009 (761.80 ständige Stellen per 30.09.2008 / 769.10 ständige Stellen per 30.09.2009) beläuft sich mit diesem Beschluss (68.75 neue ständige Stellen durch Umwandlung) die

Zahl der bewilligten ständigen Stellen auf 837.85.
Die Zahl der Stellen bei den selbstständigen Stiftungen des öffentlichen Rechts erhöht sich aufgrund der Umwandlung von 2.60 ständigen Stellen von 31.25 Stellen auf 33.85 Stellen. Die Ausgleichsstellen erhöhen sich von 23.50 Stellen auf 25.10 Stellen.

– Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen bei der Finanzkontrolle (Schreiben der Geschäftsprüfungskommission vom 5. November 2009)
Der Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen wird zugestimmt.
– Totalrevision des Gesetzes über die Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 98/2005); [1. Lesung: 15. Dezember 2005] Stellungnahme der Regierung (Nr. 103/2009); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung und Harmonisierung gesetzlicher Grundlagen zur Führung und Transparenz von öffentlichen Unternehmen (Schaffung eines Rahmengesetzes und Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze), (Nr. 53/2009); [1. Lesung: 18. September 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 86/2009); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Wahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Gasversorgung
Präsident: Patrick Kranz, Mitteldorf 20, 9490 Vaduz - Vize-Präsident: Roland Elkuch, Platta 56, 9488 Schellenberg
Mitglieder: Stefan Gassner, Im Boda 522, 9497 Triesenberg, Günther Matt, Gapetschstrasse 89, 9494 Schaan, Agathe Pino, Jedergasse 103, 9487 Gamprin, Patrick Schurte, Oberfeld 5, 9495 Triesen, Stefan Wolfinger, Alte Churerstrasse 9, 9496 Balzers.
– Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes (Bürgerrechtsgesetz; BüG), (Nr. 54/2009); [1. Lesung: 18. September 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 89/2009); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG), (Nr. 55/2009); [1. Lesung: 18. September 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 91/2009); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 45/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt), (Nr. 81/2009)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 86/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Übernahme der Richtlinie 2008/122/EG über Teilnutzungsverträge), (Nr. 102/2009)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung vom 28. Januar 1981 sowie Änderungen der Erklärungen unter Art. 3 und unter Art. 13 Abs. 2 des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung vom 28. Januar 1981 (Nr. 82/2009)
Dem Zusatzprotokoll wird zugestimmt.
– Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein 1. Teil: Vertrag sowie Vereinbarung zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Nr. 87/2009)
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.
– Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 (Nr. 88/2009)
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.
– Abänderung des Gesetzes über die Vermittlerämter (Nr. 90/2009); 1. Lesung
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.
– Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein 2. Teil: Schaffung eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCG), eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf «Heizöl extraleicht» mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1% (HELG), eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf Benzin und Dieselöl mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,001% (BDSG), eines Gesetzes über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (ASAG) und eines Gesetzes über die Erhebung einer CO_2-Abgabe auf fossilen Energieträgern (CO_2-Gesetz), (Nr. 92/2009); 1. Lesung
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.
– Schaffung eines Gesetzes über die Telecom Liechtenstein (TLIG), (Nr. 104/2009); 1. Lesung
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2007/36/EG vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften und der Richtlinie 2007/63/EG vom 13. November 2007 zur Änderung der Richtlinien78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichtes durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften), (Nr. 105/2009); 1. Lesung
Das Traktandum wird abgesetzt und auf Dezember verschoben.

– Information der Regierung zur aktuellen Asylsituation
  Die Information wird zur Kenntnis genommen.
– Information der Regierung zur Situation und Entwicklung auf dem Finanzplatz
  Die Information wird zur Kenntnis genommen.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 16. / 17. Dezember 2009

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. Dezember 2009
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. Oktober 2009
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Ergebnis der Volksabstimmung vom 4./6. Dezember 2009 über das Initiativbegehren zur Abänderung des Umweltschutzgesetzes betreffend die Senkung der NIS-Grenzwerte
  Das Ergebnis wird zur Kenntnis genommen.
– Interpellation betreffend den aktuellen Stand der «Marke Liechtenstein» des Abgeordneten Pepo Frick vom 22. November 2009
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend die Gleichstellung von liechtensteinischen Leistungserbringern in Gesundheitsberufen mit ihren schweizerischen Berufskollegen in punkto Werbung und Empfehlung der Abgeordneten Renate Wohlwend, Elmar Kindle, Manfred Batliner, Rainer Gopp, Doris Frommelt, Wendelin Lampert, Johannes Kaiser, Peter Lampert, Christian Batliner, Gerold Büchel und Albert Frick vom 23. November 2009
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Motion zur kostenlosen Abgabe von LBA-Jahresabonnementen für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (Pflichtschulbereich) mit Wohnort in Liechtenstein der Abgeordneten Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Wendelin Lampert, Peter Lampert, Elmar Kindle, Johannes Kaiser, Christian Batliner, Gerold Büchel und Albert Frick vom 23. November 2009
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
– Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen (Schreiben der Regierung vom 24.11.2009, RA 2009/2556-0022)
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
– Aktueller Stand im Gesundheitswesen (Nr. 114/2009)
  Der aktuelle Stand wird zur Kenntnis genommen. Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag in der April-Sitzung 2010 einen Bericht und Antrag vorzulegen, welcher eine Gesamtschau über das Gesundheitswesen in Liechtenstein beinhaltet.
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Medikamentenkosten in Spitälern
  – Entwicklung der Gesundheitskosten in den Tarmed-relevanten Kostengruppen im Jahr 2009
  – Krankenkassenprämien 2010
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Asylantenwesen
– Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  – Sorgerecht
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Gebühren auf Transaktionen mit Maestro-Karten
– Anfragen des Abg. Peter Hilti:
  – Buchung von Reisen über das Internet
  – Stiftungsrecht
– Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – neues Stiftungsrecht
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Auswirkung des neuen Corporate-Governance-Gesetzes
  – Assistenzärzte am Landesspital
  – Nachzug von Lebenspartnern und Lebenspartnerinnen
  – Südumfahrung Feldkirch
  – Informationspolitik der Regierung betreffend Umfahrungsstrasse Schaan
– Anfragen der Abg. Diana Hilti:
  – Opferhilfestelle
  – Internetplattform www.gerichtsentscheide.li
– Anfragen des Stv. Abg. Helmuth Büchel:
  – Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland
  – Gründungen und Löschungen von Gesellschaften in Liechtenstein im Jahre 2009
– Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein 1. Teil: Vertrag sowie Vereinbarung zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Nr. 87/2009)
  Dem Vertrag sowie der Vereinbarung zum Vertrag wird die Zustimmung erteilt.
– Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein 2. Teil: Schaffung eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCG), eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf «Heizöl extraleicht» mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1% (HELG), eines Gesetzes über die Lenkungsabgabe auf Benzin und Dieselöl mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,001% (BDSG), eines Gesetzes über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (ASAG) und eines Gesetzes über die Erhebung einer CO_2-Abgabe auf fossilen Energieträgern (CO_2-Gesetz), (Nr. 92/2009) inkl. Schreiben der Regierung vom 4. Dezember 2009; 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Zuteilung von Organen zur Transplantation (Nr. 106/2009)
  Der Vereinbarung wird die Zustimmung erteilt.
– Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 (Nr. 88/2009)
  Dem Übereinkommen wird die Zustimmung erteilt.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2007/36/EG vom 11. Juli

2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften und der Richtlinie 2007/63/EG vom 13. November 2007 zur Änderung der Richtlinien 78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichtes durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften), (Nr. 105/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Abänderung der Konkursordnung (Nr. 111/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches (Nr. 115/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Wahl eines Mitglieds und zwei Ersatzmitglieder der Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht (FMA)
Mitglied: Herbert Kind, Hofgasse 30, 9491 Ruggell
Ersatzmitglieder: Johanna Noser, Festspielstrasse 9, 9492 Eschen; Michaela Stocker-Wildhaber, Rheinstrasse 40, 9496 Balzers.
– Ersatzwahl des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission
Präsident: Lic.iur. Christian Ritter, Egga 845, 9497 Triesenberg.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VII/2009), (Nr. 109/2009)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Die Kreditüberschreitungen werden als dringlich erklärt.
– Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Erstellung eines Abfertigungsgebäudes beim Zollamt in Schaanwald (Nr. 112/2009)
Der Verpflichtungskredit wird bewilligt.
– Subvention für geplante Baumassnahmen bei der Tennisanlage des Tennisclubs Vaduz (Nr. 113/2009)
Der Subventionsantrag wird abgelehnt.
– Abänderung des Gesetzes über die Vermittlerämter (Nr. 90/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Telecom Liechtenstein (TLIG), (Nr. 104/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Berichtigung der Übergangsbestimmungen (Nr. 107/2009); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abschaffung von Kindersubventionen nach dem Wohnbauförderungsgesetz sowie Abschaffung von Subventionen für Elektrofahrzeuge nach dem Subventionsgesetz (Nr.108/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten
– Wahl des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht (FMA)
Aufsichtsratsvorsitzender: Michael C. Lauber, Katzenbachstrasse 213, 8050 Zürich
Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden: Prof. Dr.iur. Roland Müller, Känzeli 4, 9422 Staad
Mitglieder: Peter Huber, Brunnengasse 10, 8132 Egg; Bernhard Lampert, Im Malarsch 36, 9494 Schaan; Dr. Michael Ritter, In der Halde 44, 9492 Eschen.
– Revision des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (KomG-Revision 2009), (Nr. 110/2009); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Wahl des Landesausschusses
Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Arthur Brunhart werden gewählt:
Abg. Peter Hilti
Abg. Elmar Kindle
Abg. Günther Kranz
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend.
– Kleine Anfragen Beantwortung
– Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle bilden interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle verfügte im Jahr 2009 wie in den Vorjahren unverändert über 2.4 Stellen.

Gesetzlicher Auftrag

Als ständiges Organ der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle sowohl vorrangig den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung, unter Einschluss der Justizverwaltung, als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle gemäss Finanzhaushaltsgesetz beinhalten die Umsetzung des von der Geschäftsprüfungskommission genehmigten Revisionsprogramms, die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen sowie Tätigkeiten im Bereich der internen Finanzaufsicht.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig aus. Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das von der Finanzkontrolle erstellte, von der Geschäftsprüfungskommission genehmigte und von der Regierung zur Kenntnis genommene Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle rechnungslegende Dienststellen, selbständige und unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, Amtsstellen sowie einzelne Positionen der Landesrechnung. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden einer Informatik-Revision durch eine in diesem Bereich spezialisierte externe Prüfungsgesellschaft unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird. Die Finanzkontrolle koordiniert diese Informatik-Revisionen und begleitet die Prüfungen aus revisionstechnischer Sicht.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht nimmt die Finanzkontrolle Rechnungskontrollen vor, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle informiert an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Notwendige Massnahmen werden diskutiert und im Einvernehmen mit der Geschäftsprüfungskommission veranlasst.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie Entwicklungen im öffentlichen Revisionsbereich mitgestaltet.

Schaffung eines Gesetzes über die Finanzkontrolle

Nach der ersten Lesung im November 2008 hat der Landtag in der Oktober-Sitzung 2009 das Gesetz über die Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz; FinKG) in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet. Nach jahrelangen Vorberatungen wird nun mit einer eigenen gesetzlichen Grundlage für die Finanzkontrolle deren Unabhängigkeit gestärkt und die Anforderungen an eine moderne Finanzaufsicht umgesetzt. Das Finanzkontrollgesetz tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Arbeit der Datenschutzstelle stand im Berichtsjahr vorwiegend im Zeichen der Vorbereitung des Beitritts zu den Abkommen von Schengen und Dublin. Von den Änderungen im Datenschutzgesetz, die Mitte des Jahres in Kraft getreten sind, ist die Bewilligungspflicht von Videoüberwachungsanlagen im öffentlich zugänglichen Raum besonders hervorzuheben. Diese Bewilligungstätigkeit war mit verschiedenen, die Bearbeitung von Anträgen flankierenden, Massnahmen verbunden.

Beratung privater Personen und Behörden

Die Beratung privater Personen und Behörden ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 431 Anfragen ein, so viele Anfragen wie nie zuvor. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, stammen die meisten Anfragen nach wie vor von der Landesverwaltung. Bei den Sachgebieten standen allgemeine Datenschutzthemen, dicht gefolgt von Anfragen zur Datenbekanntgabe im Inland, im Vordergrund.

Gesetzesthemen	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienst-Leistungen	Inter-nationale Gremien	Landesver-waltung und Behörden	Medien	Private Personen	Vereine / Verbände
Datenschutz allgemein	6	1	22	6	32	44	21	4
Arbeitsbereich	1		8		1	2	3	
Datenbekanntgabe Inland		8	4		43	5	11	3
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	5	1	11	8	7	1	1	1
Geltendmachung gesetzlicher Rechte							6	
Gesetzesvorlagen					34			
Gesundheit / Soziales					2			1
Polizei / Sicherheit	1		3	1	8	4	2	1
Register der Datensammlungen	1		7		1	1	1	
Schengen / Dublin				33	5	3		
Technologischer Datenschutz	1		2	4	2	12	8	1
Telekommunikation			4	3	1	1	2	
Umsetzung europäischen Rechts					2			
Wirtschaft / Finanzen			6		5	1	1	
TOTAL	15	10	67	55	143	74	56	11

Zur Klärung einiger Rechtsfragen gab die Datenschutzstelle zwei Rechtsgutachten in Auftrag: Diese betrafen die Ausnahmen der ärztlichen Schweigepflicht sowie das Spannungsfeld Amtsgeheimnis – Amtshilfe unter besonderer Berücksichtigung der Auslegungsmethoden lex specialis und lex posterior.

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlässen

Die Datenschutzstelle gab zu 34 Vernehmlassungsverfahren in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens eine Stellungnahme ab. Als Querschnittsmaterie sind sämtliche Gesetzesprojekte auch hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Relevanz zu überprüfen. Als Beispiele sind die Umsetzung der Cyber Crime Convention, das Versicherungsaufsichtsgesetz, die Schaffung des US-Amtshilfegesetzes, die Abänderung der Datenschutzverordnung, die Schaffung der Verordnung zum Statistikgesetz, die Revision des Kommunikationsgesetzes, die Revision des Steuergesetzes oder die Schaffung des Geoinformationsgesetzes zu nennen. In Bezug auf den bevorstehenden Schengenbeitritt hatte sich die Datenschutzstelle bereits mit Rechtsakten der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes zu befassen, darunter die Umsetzung der so genannten Schwedischen

Initiative oder die Verordnung über das Visa Informationssystem.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Mit dem revidierten Datenschutzgesetz wurde per 1. Juli 2009 eine Genehmigungspflicht für Videoüberwachungsanlagen im öffentlich zugänglichen Raum eingeführt. Für bestehende Anlagen galt eine Übergangsfrist bis Jahresende. Für die Antragstellung waren interne Abläufe festzulegen und offene Fragen zu klären. Flankierende Massnahmen waren neben der Schaffung eines Onlineformulars und einer detaillierten Wegleitung die Information der Öffentlichkeit und potentiell Betroffener. Im Berichtsjahr gingen 34 Anträge ein, von denen bis Jahresende vier bewilligt werden konnten.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Das Datenschutzgesetz sieht neu auch eine Genehmigungspflicht für Datentransfers in Drittländer vor, die unter Anwendung von einzelvertraglichen Datenschutz-Vereinbarungen oder verbindlichen unternehmensinternen Datenschutzregelungen stattfinden. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hat die Datenschutzstelle gegenüber dem Ressort Justiz eine Stellungnahme abzugeben, ob die Garantien oder einheitlichen Datenschutzregelungen einen angemessenen Schutz im Sinne des liechtensteinischen Datenschutzgesetzes gewährleisten. Im Berichtsjahr ging ein Antrag ein, der abgeschlossen werden konnte.

Führung des Registers der Datensammlungen

Beim Register der Datensammlungen gab es kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Die angestrebte technische Neulösung zur Vereinfachung der Pflege des Registers konnte noch nicht abgeschlossen werden. Zu Jahresende waren 535 Register in der Datensammlung registriert.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Die Datenschutzstelle arbeitete im Berichtsjahr bei folgenden Arbeitsgruppen mit: Elektronisches Gesundheitsnetz, Privatsphäre und Asset Protection, Zentrale Personenverwaltung, Statistik (nationale Wissensbasis zu Gleichstellungsdaten), Krebsregister, Terrorist Information Sharing Agreement und Operative Umsetzung Schengen/Dublin. Da die Datenschutzstelle keine der genannten Gruppen geleitet hat, wird auf die Beschreibung der Inhalte verzichtet.

Internationale Arbeitsgruppen

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden ist sehr wichtig, da sich angesichts einer globalisierten Welt und der rasanten technischen Entwicklungen etliche Probleme mit internationalen Aspekten stellen. In verschiedenen Gremien wurden unter anderem folgende, auch für Liechtenstein wichtige, Themen diskutiert: Die Europäische Kommission lancierte eine Konsultation zum Thema «die Zukunft der Privatsphäre». Die Artikel 29 Arbeitsgruppe, wie auch die für den Bereich der Dritten Säule zuständige Working Party on Police and Justice, gaben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme ab, die auch für die Datenschutzstelle wichtige Elemente für die Zukunft festhält. Auch zur Nutzung sozialer Online-Netzwerke veröffentlichte die Arbeitsgruppe eine Stellungnahme. Die Arbeitsgruppe untersuchte zudem das Datenschutzniveau in Andorra und Israel und kam zum Schluss, dass diese einen angemessenen Datenschutz im Sinne von Art. 8 Datenschutzgesetz aufweisen.

Im Beratenden Ausschuss des Europarates wurden die Arbeiten an einer Empfehlung zum Thema «Profiling» fortgesetzt. Ebenso wurde an der Plenarsitzung beschlossen, die Erweiterung des Übereinkommens des Europarates über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen aktiv zu begleiten. Diesbezüglich war der Ausschuss an der Ausarbeitung einer Datenschutzbestimmung entscheidend beteiligt.

An zwei Case Handling Workshops, an denen jeweils aktuelle Fälle behandelt werden, konnten insbesondere interessante Erfahrungen zum Thema Videoüberwachung gewonnen werden, die in das neue Genehmigungsverfahren in Liechtenstein eingeflossen sind.

Die Datenschutzstelle nahm als Beobachter an Sitzungen der Working Party on Police and Justice, des Gemeinsamen Kontrollausschusses Schengen sowie der Eurodac Supervision Coordination Group teil. Die beiden letztgenannten Gremien koordinieren Kontrollen, an denen sich die Datenschutzstelle nach dem Beitritt Liechtensteins zu den Abkommen von Schengen und Dublin beteiligen wird.

Vorbereitung des Beitritts zu den Abkommen von Schengen und Dublin

Die Vorbereitungsarbeiten für einen Schengenbeitritt, und insbesondere die Zusammenarbeit mit der Landespolizei, waren sehr intensiv. Neben der Mitarbeit in den erwähnten Gremien konnten bei verschiedenen Datenschutzbehörden von Schengen-Staaten wertvolle Informationen zur Vorbereitung der Datenschutzevaluation gesammelt werden. Im Zentrum der Vorbereitungen standen die Beantwortung eines Fragebogens, in dem die Rahmenbedingungen zur «Schengen-Reife» darzulegen sind. Weiters waren Dokumentationen anzufertigen. Das positive Absolvieren der Evaluation ist Voraussetzung für den Schengenbeitritt. Daher wurde eine Pro-

beevaluation durchgeführt, die erfolgreich bestanden wurde und worüber die Regierung die Öffentlichkeit informierte. Im Rahmen der Probeevaluation wurden insbesondere folgende Punkte geprüft: Die Unabhängigkeit, Aufsichts- und Kontrollfunktion und Öffentlichkeitsarbeit der Datenschutzstelle sowie die Rechte der Bürger.

Öffentlichkeitsarbeit

Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Datenschutz gehören ebenfalls zu den zentralen Aufgaben der Datenschutzstelle. Wesentliche Plattform zur Information der Öffentlichkeit stellt die Internetseite dar, auf der monatlich und kostengünstig über ein aktuelles Thema berichtet wird. Ursprünglich war eine grössere Sensibilisierungsaktion für die Bevölkerung geplant und das Geld dazu vorhanden. Vor allem auf Grund der Entwicklungen zum Staatshaushalt wurde beschlossen, diese Aktion nicht durchzuführen und damit einen Beitrag in Bezug auf Sparmassnahmen zu leisten.

Veranstaltung «Soziale Netzwerke»
Anlässlich des 3. Europäischen Datenschutztages wurde in Kooperation mit der Hochschule erstmals eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Damit sollte für einen sorgsamen Umgang mit Personendaten bei der Nutzung sozialer Netzwerke, wie dem auch in Liechtenstein häufig verwendeten Facebook, sensibilisiert werden.

Online-Umfrage
Die Datenschutzstelle führte auf der Internetseite eine Online-Umfrage durch. Insgesamt wurden zum Thema Datenschutz vier Fragenblöcke zu den Bereichen Allgemeines – Information – Vertrauen – Verhalten gestellt. Allgemein konnten seitens der Medien ein erhebliches Interesse an den Ergebnissen der Umfrage festgestellt werden. Eine überwiegende Anzahl an Teilnehmern fühlte sich nicht ausreichend über ihre Datenschutzrechte informiert. Mehr Information wurde vor allem zu den Themen Datenschutz im Internet, am Arbeitsplatz sowie als Bürger gewünscht.

Schulungen
Die Datenschutzstelle gestaltete im Berichtsjahr eine Schulung für Mitarbeiter der Landesverwaltung zum Thema «Spuren im Internet». Neben zwei Vorträgen zum Modul «Risk and Security Management» an der Hochschule nahm sie an einer vom Verein Sicheres Liechtenstein veranstalteten Podiumsdiskussion über «Freiheit vs. Sicherheit» teil.

Organisation

Die vormalige Stabsstelle für Datenschutz wurde auf Jahresanfang in Datenschutzstelle umbenannt und organisatorisch, weg von der Regierung, dem Landtag zugeordnet. Diese Neuorganisation wurde in einer Leistungsvereinbarung zwischen der Landesverwaltung und der Datenschutzstelle festgehalten nach dem Grundsatz: Die Datenschutzstelle soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und so weit als möglich weiterhin von administrativen Abläufen in der Landesverwaltung profitieren können. Ebenso war ein internes Organisationsreglement zu schaffen, zu dem die Geschäftsprüfungskommission des Landtages gemäss Art. 28a Datenschutzgesetz angehört wurde.